

Vergleich der Entwicklungen von Regelvergütung, Gerichtskosten und Ministerbesoldung seit 1999

- Ehrlichkeit, Angemessenheit, Fairness und Selbstfürsorge -

In Insolvenzverfahren soll ein Insolvenzverwalter gemäß § 63 Abs. 1 InsO eine **angemessene Vergütung** erhalten. Das Wort „angemessen“ wird zwar nur bei „Auslagen“ erwähnt, ist aber allgemein so zu verstehen, dass sowohl die Vergütung als auch die Auslagen angemessen sein müssen.

Was als angemessen gilt, regelt die Insolvenzordnung nicht. Stattdessen wurde die Bestimmung einer angemessenen Vergütung durch § 65 InsO dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz übertragen. **Ein solches Ministerium existiert aktuell nicht mehr**, aber es ist anzunehmen, dass diese Aufgabe in der aktuellen Legislaturperiode dem Bundesministerium der Justiz zugewiesen wurde, zu dessen Aufgaben jedoch der Verbraucherschutz nicht gehört. Dies zeigt, dass die Regierung der 20. Legislaturperiode offenbar nicht daran interessiert war, die Ressortverteilung in den Gesetzen durch eine aktualisierte Zuständigkeitsanpassungsverordnung zu spiegeln.¹

Die Aufgabe zur Bestimmung einer angemessenen Verwaltervergütung wurde vom damaligen Bundesministerium der Justiz mit der Schaffung der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung (InsVV) am 19. August 1998² übernommen. Interessant ist, dass der damalige Verordnungsgeber, Minister *Schmidt-Jortzig*, in der Begründung zu dieser Verordnung anführte, dass sich die neue InsVV für die

RiAG Dr. Thorsten Graeber, Potsdam

Höhe der Vergütungen an der bisherigen Praxis orientieren würde. Man habe sichergestellt, dass „für die **Insolvenzverwalter im Vergleich zur gegenwärtigen Vergütungspraxis³ (Regelvergütung in Höhe der vierfachen Staffelfvergütung)⁴ keine Verschlechterung eintritt.**“⁵ „Lediglich bei sehr hohen Teilungsmassen über 50 Mio. DM greift eine stärkere Degression“.

Aber war dies ehrlich? Dies lässt sich durch einen Vergleich der Netto-Regelvergütungen gem. § 2 InsVV mit der Netto-Regelvergütung gem. § 3 VergVO⁶ beurteilen. Zur Vereinfachung der Bewertung wurden hierzu alle DM-Beträge auf Euro umgerechnet. Vergleicht man die alte Regelvergütung in Konkursverfahren des Jahres 1998 in Höhe der vom Bundesjustizministerium entsprechend der Praxis angesetzten vierfachen Staffelfvergütung gem. § 3 VergVO (dies war kein Zuschlag, sondern nur eine Reaktion der Praxis auf die eingetretene Geldentwertung und die mangelnde Reaktion des Justiz-



RiAG Dr. Thorsten Graeber ist Insolvenzrichter in Potsdam und seit 1998 in diesem Bereich tätig. Er ist u.a. Autor des InsVV-Kommentars Graeber|Graeber, 5. Aufl. online 2025 auf www.InsVV-online.de

¹ So durch Art. 139 der Zehnten Zuständigkeitsanpassungsverordnung v. 31.8.2015, dort mit einem Wechsel von ‚Justiz‘ auf ‚Justiz und für Verbraucherschutz‘. Siehe hierzu bereits vor einem Jahr: ‚Den Finger auf die Wunde gelegt‘ InsA 2024, 98. In der Elften Zuständigkeitsanpassungsverordnung v. 19.6.2020 war eine Änderung nicht notwendig, da die Bezeichnung ‚Justiz und für Verbraucherschutz‘ gleich blieb.

² Begründung zu lesen auf https://www.insvv-online.de/begruendung_1998/

³ BGH v. 13.11.2008 - IX ZB 42/07, NZI 2009, 109; BGH v. 20.11.2003 - IX ZB 567/02; OLG Köln v. 8.8.2000 - 18 W 23/00, NZI 2000, 540; OLG Hamm 10.12.1996 - 27 U 160/96, OLGR Hamm 1997, 187; LG Heilbronn v. 6.5.2005 - 1 T 141/05, ZIP 2005, 1187; LG Flensburg v. 4.4.2002 - 5 T 59/02, ZInsO 2002, 486; LG Darmstadt v. 17.4.1998 - 5 T 650/96, ZIP 1998, 1198; LG Stendal v. 22.12.1993 - 22 T 103/93, EWIR 1994, 475; LG Darmstadt v. 10.8.1992 - 5 T 632/92 und 711/92, RPfleger 1993,

35; LG Köln v. 8.5.1990 - 19 T 118/90, ZIP 1990, 877; LG Berlin v. 24.8.1988 - 81 T 269/88, ZIP 1988, 1204, RPfleger 1988, 545; LG Siegen v. 4.1.1988 - 4 T 221 und 225/87, ZIP 1988, 326; LG Köln v. 23.9.1987 - 19 T 277/87, ZIP 1987, 1470; LG

Mönchengladbach v. 23.10.1986 - 5 T 382/86, ZIP 1986, 1588; AG Münster v. 25.7.1991 - 10 N 118/90, RPfleger 1991, 472

⁴ In der Praxis wurde aber teilweise bereits der 4,5-fache Regelsatz angesetzt: LG Augsburg v. 26.11.1996 - 7 T 4191/96, RPfleger 1997, 317

⁵ *Haarmeyer/Wutzke/Förster*, Vergütung im Insolvenzverfahren InsVV/VergVO, 2. Aufl. 1999, § 3 VergVO Rdnr. 12, sprachen sich sogar dafür aus, ab dem Jahre 2000 in Verfahren nach der GesO den sechsfachen Regelsatz als Regelvergütung (!) zu gewähren.

⁶ Verordnung über die Vergütung des Konkursverwalters, des Vergleichsverwalters, der Mitglieder des Gläubigerausschusses und des Gläubigerbeirats v. 25.5.1960, zuletzt geändert durch die 4. Veränderungsverordnung v. 11.6.1979

ministeriums) mit der Regelvergütung in Insolvenzverfahren gemäß § 2 Abs. 1 InsVV bei ausgewählten Berechnungsmassen zeigt sich folgendes:

Berechnungsmasse	1998	1999	2021
25.000 €	12.613,56 €	10.000 €	10.000 €
250.000 €	34.929,76 €	30.250 €	36.600 €
2.500.000 €	85.381,44 €	77.750 €	95.250 €

Die meisten eröffneten Insolvenzverfahren sind keine Unternehmensinsolvenzen. Regelmäßig mehr als 80% aller eröffneten Insolvenzverfahren sind Nicht-Unternehmensinsolvenzen¹. In diesen Verfahren werden selten Berechnungsmassen von mehr als 25.000 € erzielt. Entsprechend beträgt die **Regelvergütung in mindestens 80 % aller eröffneten Insolvenzverfahren erheblich weniger als in einem Konkursverfahren des Jahres 1998**, in welchen einem Konkursverwalter erheblich weniger Aufgaben oblagen als einem Insolvenzverwalter. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass auch in massehaltigen Verfahren die **Insolvenzverwalter** nach Minister *Schmidt-Jortzig* **erheblich weniger erhalten sollten als die Konkursverwalter** zuvor. Trotzdem behauptete der Minister, es Zählen entstünde keine Verschlechterung. Den Insolvenzverwaltern schien dies egal zu sein, da kein Einspruch bekannt ist.

Es ist nicht ausreichend, die Regelvergütung einmalig festzulegen. Man könnte meinen, dass dies im Bundesjustizministerium anders gesehen wurde, denn seit dem Ende des letzten Jahrhunderts ist keine Überprüfung bekannt. Man hätte betrachten müssen, was Insolvenzverwalter und ihre Mitarbeiter leisten und ob die Regelvergütung noch angemessen ist. In der Begründung zur ersten Anpassung der Regelvergütung des § 2 InsVV seit 1999² unter Ministerin *Lambrecht* hieß es, es fehle an validen Daten zu den Kosten der Bearbeitung von Insolvenzverfahren seit Einführung der InsVV.

„Eine konkrete Bezifferung eines inflationsbereinigten Anstiegs der aus der Vergütung zu tragenden Kosten der Bearbeitung von Insolvenzverfahren seit Einführung der Insolvenzzrechtlichen Vergütungsverordnung ist indes nicht möglich. **Es fehlt an validen Daten zu den Kosten vergleichbarer Verfahren aus der Zeit**

des Inkrafttretens des derzeitigen Vergütungsrechts und aus der Gegenwart.“³

Oder um es anders zu formulieren: Das Ministerium von Frau *Lambrecht* hat keine diesbezüglichen Daten, hatte auch nicht versucht an solche zu gelangen und es deutet auch nicht an, dies für die Zukunft zu ändern. Warum auch?

Denn wer käme auf die Idee zu denken, dies würde zu den Aufgaben eines Justizministeriums gehören? Diese Person ist das Bundesverfassungsgericht.⁴ Denn in einer **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts** zur InsVV wurde die Bundesjustizministerin ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das **Bundesjustizministerium auch hinsichtlich der Insolvenzverfahren der Aufgabe nachzukommen hat**,

„die weitere Entwicklung und insbesondere die Auswirkung der Regelung **zu beobachten** und diese gegebenenfalls für die Zukunft zu korrigieren, falls sich erweist, dass die ihr zugrundeliegenden Annahmen nicht mehr zutreffen“.

Was war der Erfolg dieser Mahnung des Verfassungsgerichts an das Verfassungsorgan Justizminister, nunmehr seinen Verpflichtungen nachzukommen? Wohl keiner! Noch 15 Jahre später beließ es das Bundesministerium dabei, zu beklagen, es fehle an validen Daten, anstatt wie jeder andere den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Unterworfene damit zu beginnen, seinen Pflichten nachzukommen. Denn dies gehört zu den Aufgaben des Ministeriums und der jeweiligen Minister, für die diese auch entsprechend besoldet werden.

Blick auf die Besoldung der Justiz und der Minister

Ein Blick auf die Besoldung der Justiz und der Minister zeigt, wie das Bundesministerium der Justiz mit wirtschaftlichen Belangen umgeht. Es soll nicht die Besoldung der Insolvenzzrichter betrachtet werden, da diese nicht zum Aufgabenfeld des Ministeriums gehören. Interessant ist die **Finanzierung der Justiz im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren**, da das Bundesjustizministerium auch die Entwicklung der

¹ Siehe hierzu InsA 2024, 167

² Durch das Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzzrechts (Sanierungsrechtfortentwicklungsgesetz - SanInsFoG) v. 22.12.2020

³ RegE eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzzrechts (Sanierungsrechtfortentwicklungsgesetz - SanInsFoG) v. 14.10.2020, S. 250

⁴ BVerfG v. 31.8.2005 – 1 BvR 700/05.

Regelung des Gerichtskostengesetzes (GKG) beobachten und gegebenenfalls für die Zukunft korrigieren muss. Zwar bestimmt nicht der Bundesjustizminister die Vergütungssätze des GKG, aber er schlägt Anpassungen vor, die dann durch das Parlament beschlossen werden. Diese Aufgabe ähnelt der hinsichtlich der InsVV.

Entwicklung der Gerichtskosten

Ein Blick auf die Veränderung der Gerichtskosten zeigt, dass Anpassungen stattfanden, was darauf hinweist, dass das Bundesjustizministerium seiner Aufgabe nachgekommen ist. **Die Interessen des Staates und der Justiz werden offenbar sorgsam behandelt.**

Schauen wir uns einmal an, wie sich der einfache Betrag der Gerichtskosten, der sich in gleicher Weise wie die Vergütung eines Insolvenzverwalters an dem Wert der Insolvenzmasse orientiert, im Laufe der Zeit nach Vorschlag des Bundesjustizministers geändert hat (Basiswert: 25.000 €).

	25.000 €
1998	311,89 €
2004	311,00 €
2013	371,00 €
2021	411,00 €

Um dies besser bewerten zu können hier auch einmal ein Blick auf die verhältnismäßige Steigerung seit 1999:

	GKG bei 25.000 €	Steigerung seit 1999
1999	311,89 €	0 %
2004	311,00 € ¹	- 0,29 %
2013	371,00 €	18,95 %
2021	411,00 €	31,78 %

Entwicklung der Amtsbezüge als Bundesjustizminister

Wie ist es eigentlich um die Vergütung, den Amtsbezügen des Bundesjustizministers bestellt? Die Vergütung des Bundesjustizministers richtet sich

nach § 11 Abs. 1 Bundesministergesetz, das seit 1971 unverändert ist:

(1) Die Mitglieder der Bundesregierung erhalten folgende Amtsbezüge:

a) ein Amtsgehalt, und zwar ...die Bundesminister in Höhe von **eineindrittel des Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 11 einschließlich zum Grundgehalt allgemein gewährter Zulagen** ...

Umso mehr die Besoldungsgruppe B11 angehoben wird, umso mehr wird das Amtsgehalt eines Bundesministers angehoben. Die Änderungen der Besoldungsgruppe B11 sahen in der Vergangenheit so aus:

	B11	Steigerung seit 1999
1999	9.671,06 €	0 %
2001	10.130,64 €	4,75 %
2002	10.353,52 €	7,06 %
2003	10.602,05 €	9,63 %
2008	10.726,07 €	10,91 %
2009	11.303,00 €	16,87 %
2010	11.438,64 €	18,28 %
2012	12.213,58 €	26,29 %
2014	12.858,70 €	32,96 %
2016	13.430,70 €	38,88 %
2018	14.157,33 €	46,39 %
2019	14.594,79 €	50,91 %
2020	14.749,49 €	52,51 %
2021	14.808,25 €	53,12 %
2022	15.074,80 €	55,88 %
2024	16.084,36 €	66,31 %

Dies sind natürlich nicht die gesamten Netto-Bezüge, sondern nur deren Basis. Aber es zeigt, dass auch hier das Bundesministerium **sorgsam und zeitnah** reagiert und die Bezüge der Bundesbediensteten regelmäßig überprüft und anpasst.²

Vergleich der Entwicklungen miteinander

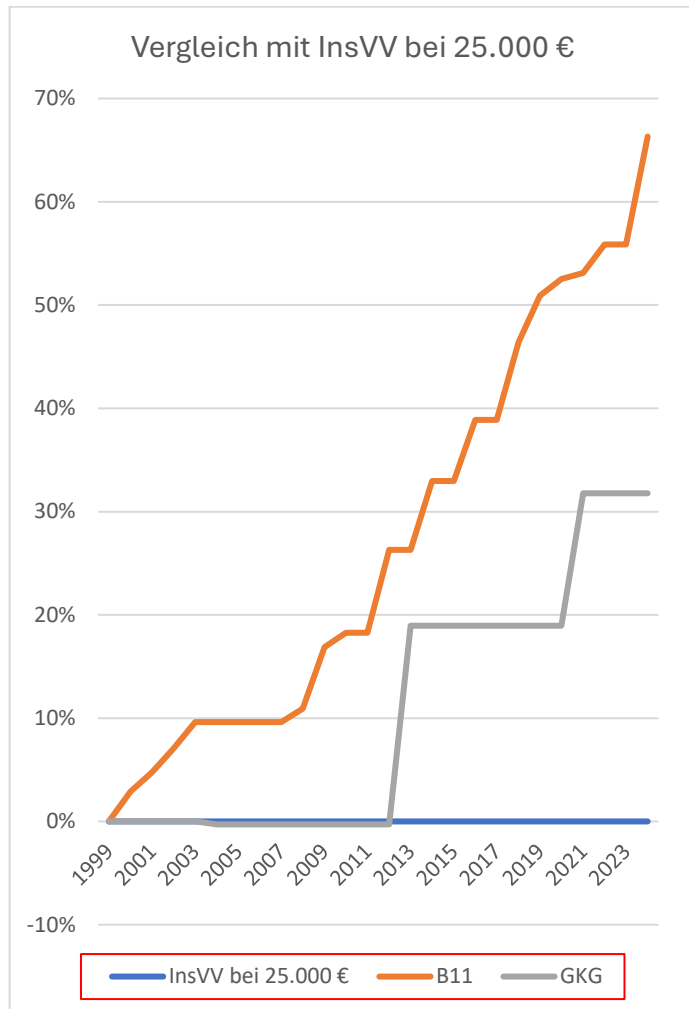
Diese Zahlen zeigen zwar eine Tendenz, sind aber schwierig miteinander zu vergleichen. Man könnte diese durch verschiedene Diagramme veranschaulichen, um die Verhältnisse der Zahlen einzelner Bereiche besser darzustellen. Doch auch dies würde wenig helfen, die Werte aus InsVV, GKG und BMinG zu gewichten. Daher werden die Werte bzw. ihre Veränderungen seit 1999 nun nebeneinander gestellt.

¹ Diese Reduzierung erfolgte durch den Wechsel von DM auf Euro .

² Der Fairness geschuldet sei angegeben, dass sich die Besoldung eines Richters des Landes Brandenburg in der Besoldungsgruppe R1 auf der höchsten Stufe 11 allein von 2008 bis 2024 um 59,80 % erhöht hat. Die vorhergehenden Beträge

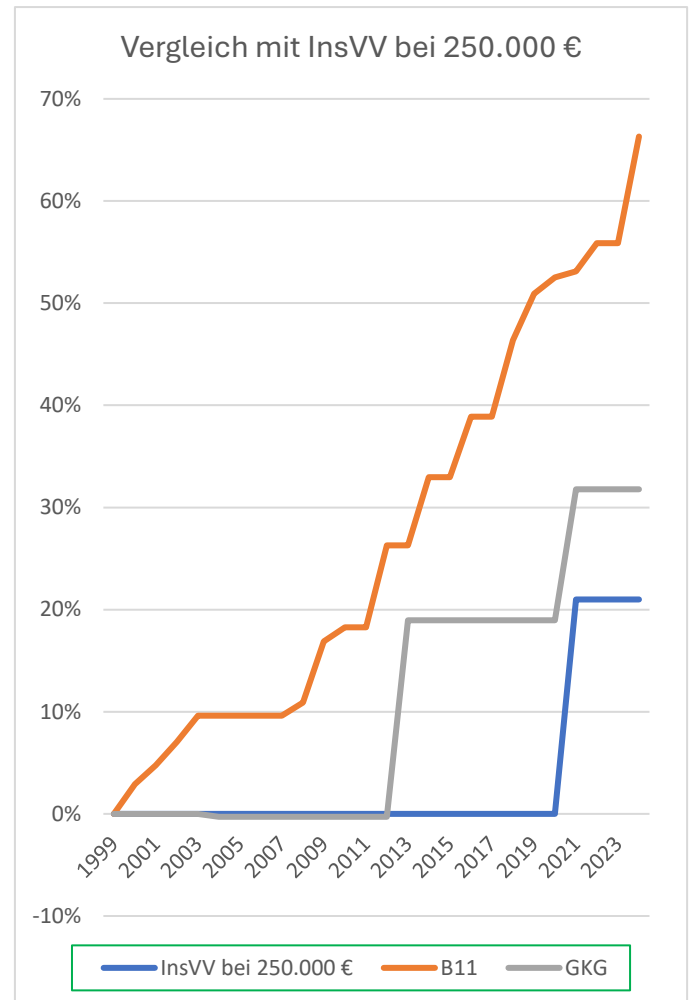
konnten vom Autor leider nicht aufgefunden werden. Die Steigerung allein der Stufe 11 seit 1999 dürften die Steigerung bei B11 erheblich überschreiten und es darf nicht übersehen werden, dass ein Richter des Jahres 1999 noch nicht mit der Stufe 11 besoldet wurde.

Da es um verhältnismäßige Veränderungen geht, werden alle Wertveränderungen an dem Ausgangswert von 1999 mit 100 % bemessen.

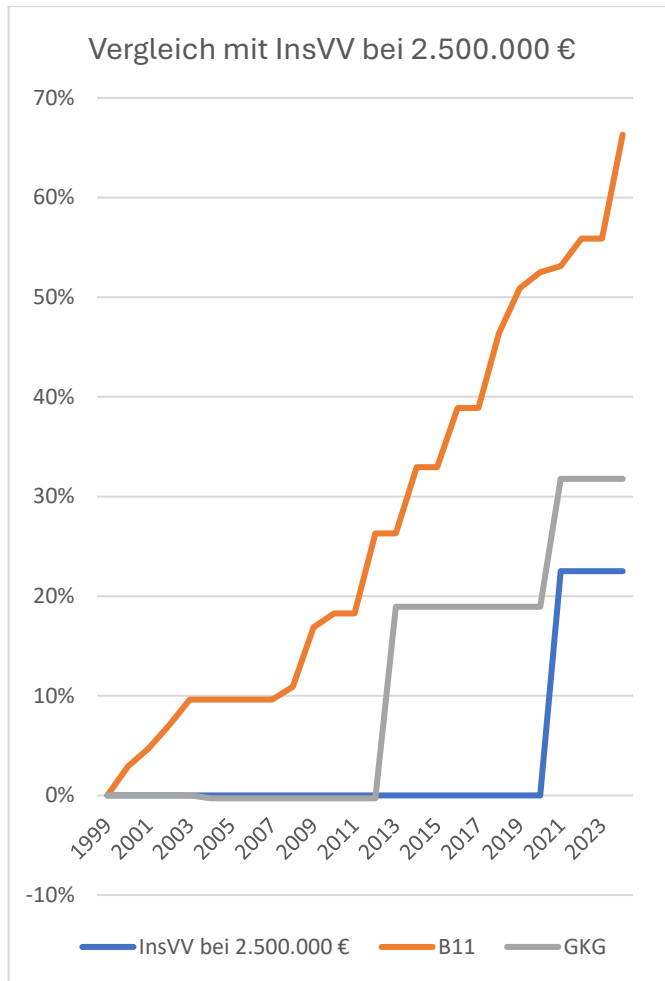


Ein Vergleich mit der Entwicklung der Regelvergütung gemäß § 2 InsVV bei einer Insolvenzmasse von 25.000 € zeigt, dass sich deren Höhe seit 1999 nicht verändert hat und weiterhin erheblich weniger beträgt als noch 1998. Die Gebühr nach dem GKG hat sich erstmalig 2013 erhöht. Weder die InsVV noch das GKG haben eine Steigerung erfahren, die mit denen bei B11 auch nur ansatzweise vergleichbar wäre.

Wie sieht es aber in den selteneren Insolvenzverfahren mit einer Insolvenzmasse von 250.000 € aus?



Hier wurde die Regelvergütung nach § 2 InsVV erstmals im Jahr 2021 angepasst, erreicht jedoch nie eine Steigerung wie die GKG-Gebühr oder die Besoldung nach B11. Aber vielleicht ist dies bei Exotenverfahren mit einer Insolvenzmasse von 2.500.000 € anders?



Ein Unterschied ist nicht zu erkennen. Die Verwaltervergütung bei einer Masse von 2.500.000 € wurde seit 2021 verhältnismäßig um 22,5 % erhöht. Bei einer Masse von 250.000 € wären dies nur 21 %.

Was lässt sich aus diesen Zahlen entnehmen?

Da alle Veränderungen bei § 2 InsVV, dem GKG und B11 der Initiative des Bundesjustizministeriums unterliegen, ist ein Vergleich der Anpassungsnotwendigkeiten gerechtfertigt. Bei einem Vergleich der Änderungen bei § 2 InsVV mit dem GKG darf davon ausgegangen werden, dass die wirtschaftliche Basis der Bemessung, der Wert der Insolvenzmasse, sowohl als Berechnungsgrundlage der Verwaltervergütung als auch der Gerichtskosten identisch ist. Für die Insolvenzgerichte sind seit 1999 keine wesentlichen Aufgaben oder Verpflichtungen hinzugekommen, während den Insolvenzverwaltern durch Gesetzesänderungen und Rechtsprechung vermehrt Aufgaben und Pflichten obliegen und erhebliche Haftungsgefahren entstanden sind. Unter diesen Bedingungen die Gerichtskosten in Insolvenzverfahren früher und stärker zu erhöhen als die parallel

laufende Verwaltervergütung, bedürfte einer nachvollziehbaren Begründung, um nicht den **Eindruck mangelnder Angemessenheit oder gar Unfairness** zu erwecken. Eine solche Begründung wurde nicht einmal ansatzweise geliefert.

Es besteht die Aufgabe und Notwendigkeit, die Besoldungssätze aller Bediensteten anzupassen. Das Bundesjustizministerium scheint dies auch zum eigenen Vorteil angemessen, regelmäßig und zügig zu tun. Obwohl die Regelvergütung eines Insolvenzverwalters eine starke Ähnlichkeit zur Besoldung eines Bundesjustizministers aufweist, werden die Dienstbezüge des Bundesjustizministers ohne Begründung mehr als doppelt so stark angehoben wie die Regelvergütung eines Insolvenzverwalters oder die Gerichtskosten eines Insolvenzverfahrens. Dies vermittelt eher den Eindruck **bemerkenswerter Selbstfürsorge** als den sorgsamen Umgang mit den berechtigten Interessen aller Betroffenen.

Seminare mit RiAG Dr. Thorsten Graeber

Delegation und die Vergütung des Insolvenzverwalters – Die Quadratur des Kreises?
am 7. April mit Sylvia Wipperfürth

Der vorläufige Sachwalter in der Eigenverwaltung
am 10. April

Tue Gutes und berichte davon! – Was Insolvenzsachbearbeiter von Schlussrechnung und Vergütungsrecht wissen sollten!
am 8. Mai mit Sylvia Wipperfürth

Darf's ein Nachschlag sein? – Nachtragsverteilung und Nachtragsvergütung
am 26. Mai mit Sylvia Wipperfürth

Die Synergie zwischen Rechnungslegung, Berichtswesen und Vergütung im Insolvenzverfahren
am 4. Juni mit Sylvia Wipperfürth

Vergütungslehrgang – Sommer der InsVV 2025
23. bis 25. Juni mit Sylvia Wipperfürth

Vergütung im Insolvenzverfahren nach der InsVV
am 27. August